



Auslaufmodell Demokratie

In Diktaturen ist es üblich, dass die Staatsmacht ihr unterdrücktes Volk zum Bejubeln und Lobpreisen der Despoten auf großen Plätzen antreten lässt. In West-Berlin mussten wir nur 40 Jahre lang über die Mauer schauen, wie so etwas funktioniert.

Es steht jedoch zu befürchten, dass viele von denen, die dem Frauen- und Kindermörder Putin auf dem Roten Platz zujubelten, dies aus Überzeugung taten. Nicht nur dort. In Polen, wo das Kaczyński-Regime kontinuierlich die Demokratie abgebaut hat, ist die Zuneigung nicht geringer geworden. Und natürlich ist der demokratisch gewählte neue Ministerpräsident ein Agent des Westens, was sonst. Die Liste, der immer mehr zu Pseudodemokratien verkommenen Staaten, ließe sich fortsetzen.

Ersparen wir es uns, die Vorteile von Demokratien aufzuzählen. Die Liste ist sehr lang. An oberster Stelle stehen Begriffe wie Meinungsfreiheit, Wahlrecht, Aufenthaltsbestimmungsrecht und so weiter. In einer Demokratie kann jeder sein, was er will und glauben an wen er will. Außerdem geht es wirtschaftlich betrachtet, den Menschen in Demokratien besser als in Staaten, in denen alles reglementiert wird. Wer China als Beispiel einer Diktatur mit wirtschaftlichen Erfolgen benennt, sollte hinter die Kulissen schauen.

In Freiheit leben zu können, ist das höchste Gut, das ein Mensch haben kann. Aber gerade in Deutschland jammern wir auf höchstem Niveau. Corona ist ja an allem schuld, die Inflationsrate auch. Diese liegt derzeit bei 2,5 Prozent, im Dezember noch bei 3,7 Prozent. Die Tarifabschlüsse können sich sehen lassen. Dennoch hört das Meckern nicht auf. Warum sind die Leute so unzufrieden?

Das Problem der derzeitigen Regierung ist nicht etwa eine schlechte Politik, sondern die Unfähigkeit, ihre guten Projekte den Bürgern hinreichend erklären zu können, wobei die Heizungsgeschichte nur eine von vielen war. Niemand bestreitet die Notwendigkeit einer Krankenhausreform. Statt dieses Projekt vernünftig zu kommunizieren, verliert sich der Gesundheitsminister in einer Debatte um die Legalisierung einer Droge. Wir sind überschwemmt von Luxusproblemen. Unser Land hat verlernt, die Freiheit genießen zu können.

Als ginge es um den Fortbestand Deutschlands, werden populistische Scheindebatten geführt über Remigration und Bürgergeld. Die Rechtsaußenpartei will sogar die Frauen wieder an den Herd und ins

Wochenbett zwingen. Ohne Zuwanderung und berufstätige Frauen würde unsere Wirtschaft zusammenbrechen. Wie dämlich muss man sein, um das nicht begreifen zu können.

Wie viele Hardcore-Verweigerer gibt es unter den 3,9 Millionen Beziehern von Bürgergeld? Im Jahr 2021 wurden 52.174 Fälle von Leistungskürzungen aufgrund von „Weigerung der Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses“ verzeichnet.“ Gibt es verlässliche Zahlen, wie viele Menschen ihre Arbeit aufgeben, um ohne etwas tun zu müssen, Bürgergeld kassieren zu können? Und lohnt der Aufwand für die Union, daraus einen Wahlkampfschlager zu machen? Daran schließt sich natürlich die Frage an, ob wir keine anderen Probleme haben.

Viel schlimmer ist, dass eine **Bertelsmann-Studie** ergeben hat, „dass nur noch 63 Demokratien mit einer Bevölkerung von insgesamt rund drei Milliarden Menschen inzwischen 74 Autokratien mit etwa vier Milliarden Menschen gegenüberstehen.“ Befinden sich Ungarn und die Türkei noch auf der Liste der Demokratien? Meinungsfreiheit in Ungarn? In der Türkei kann man schon eingesperrt werden, wenn man den Staatspräsidenten schief anguckt. „Zu keinem Zeitpunkt wurden in den vergangenen zwanzig Jahren so wenige Staaten demokratisch regiert wie heute.“ „In 83 der 137 Länder herrsche eine massive soziale Ausgrenzung. Speziell in Afrika ist diese Entwicklung verheerend. Die Folgen der Ausbreitung von Diktaturen: Armut, Unterdrückung, Korruption.“

Diktatoren sind in vielen Fällen durch reguläre Wahlen an die Macht gekommen. Das sollten wir Deutsche besonders gut wissen. In unserem Land wurde in schwindelerregend kurzer Zeit 1933 die Demokratie in die Tonne getreten. Da half auch nicht der Satz des Sozialdemokraten **Otto Wels**, erstmals am 23. Juli 1919 vor der Nationalversammlung gesagt, und am 23. März 1933 im Reichstag wiederholt: „Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos.“

„Demokratiequalität und gute Regierungsführung seien eng miteinander verwoben, erklärten die Autoren der Studie.“ So gesehen, müssen wir uns Sorgen machen. Es beruhigt nicht, wenn man sieht, wer bei der Union in den Startlöchern steht, um im nächsten Jahr die Ampel abzulösen, von Merz und Dobrindt bis Glöckner und Spahn. Frei nach Goethe fällt mir dazu nur ein: „Friedrich, mir graut vor Dir!“

Ed Koch